

# Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tagesblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2133. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er erscheint an jedem Werktag —  
In Falle höherer Gewalt — Krieg, Straß- oder sonstiger irgend welcher Art  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Verleger  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,50 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeile (1000 Zeichen) für 1 Tag 0,25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0,80, Amtliche Zeile RM 0,75  
und RM 0,60. Reklame RM 0,60. Tabellarischer Satz 50 %, Ausschlag. — Bei  
zwangsweiser Eingehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontrastfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz  
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshöfen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhndorf, Brettnig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Ehlmenndorf, Mittelbach, Grobnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. F. Försters Erben (Suh. F. W. Mohr)

Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 282

Montag, den 5. Dezember 1927

79. Jahrgang

## Das Wichtigste

Im Schachtprozess wurde jetzt das Urteil gefällt.  
Der frühere Magdeburger Polizeipräsident Krüger hat Selbstmord be-  
gangen.  
In der Palubucht, im Nordwesten von Celebes, hat ein von einer  
Springflut begleitetes Erdbeben großen Schaden angerichtet. Einige  
Eingeborenen-Ansiedlungen wurden zerstört. Etwa 14 Personen  
wurden getötet, 50 verwundet. Der Schaden wird auf 300 000  
Gulden beziffert.  
Zwei Kassierer der Wendelschen Kohlengruben in Klein-Rosslau (Elsass)  
wurden gestern früh von drei Banditen überfallen und beraubt.  
Den Räubern fielen 300 000 Franken Barggeld in die Hände. Der  
begleitende Nachwächter wurde von ihnen niedergebrosen. Die  
Täter sind entkommen.

## Volk und Wirtschaft.

Von W. Staubendorf, M. d. R.

Staatspolitische und kulturelle Fragen sind oft in  
Deutschland geeignet gewesen, die Gemüter zu erhitzen  
und als schwere Probleme die Gegensätzlichkeiten im deut-  
schen Volke wachzurufen; ihnen gebührt unbedingt ein  
vordringliches Interesse, wenn die wirtschaftliche Existenz,  
das Leben des Volkes sichergestellt ist.

Im gegenwärtigen Moment droht die Gefahr, daß  
die Sicherheit der Existenzgrundlagen des deutschen Volkes  
verloren geht. Ein Volk kann auf die Dauer nur von  
dem Leben, was es fortlaufend produziert. Die Geld-  
marktlage mit ihrer bedrohlichen Versteifung trotz starker  
Einfuhr auswärtiger Kredite ist der Beweis dafür, daß  
die innerdeutsche Produktionsüberschuss, wenn er über-  
haupt vorhanden ist, nur sehr gering sein kann. Die seit  
Beendigung der Inflation mit Ausnahme des Jahres  
1926, dem Jahre des englischen Bergarbeiterstreiks, vor-  
handene stark passive Handelsbilanz läßt darauf schließen,  
daß das Volk in seiner Gesamtheit anhaltend mehr ver-  
braucht, als es erzeugt.

Dieser Mehrverbrauch ist bis heute im wesentlichen  
mit den eingeströmten ausländischen Krediten bezahlt  
worden. Aber Kredite sind keine Geschenke, sie erfordern  
eines Tages Rückzahlung, sie erfordern Zinszahlungen, die  
eines Tages bereits mehr als jährlich eine Dreiviertel-  
milliarde ausmachen. Die Bezahlung der Minderproduk-  
tion des Volkes gegenüber seinem Verbrauch kann nicht  
auf die Dauer durch ausländische Kredite erfolgen. Früher  
oder später einmal ist das Kreditvolumen Deutschlands im  
Ausland erschöpft, und dann ist, wenn bis zu diesem  
Zeitpunkt die Existenz des deutschen Volkes aus eigener  
Produktion nicht sichergestellt ist, eine in den Währungs-  
gründen liegende wirtschaftliche Blockade Deutschlands  
die logische Folge.

In den Preisen aller Waren, die aus dem Ausland  
eingeführt werden, ganz gleich, ob es Rohstoffe, Fertig-  
fabrikate oder Agrarprodukte sind, stecken zu 60, 80 oder  
gar 90 Prozent ausländische Löhne, die Deutschland mit  
dem Import der Ware bezahlt, und die der deutschen Ar-  
beitsgelegenheit Konkurrenz machen. Wenn wir also jäh-  
lich eine passive Handelsbilanz von 4 bis 5 Milliarden für  
Einfuhrwaren haben, die in deutschen Produktionsstätten  
mit deutscher Arbeitskraft ebenso gut hätten hergestellt  
werden können, so sind damit für mehrere Milliarden  
Markt Löhne dem deutschen Arbeitsmarkt entzogen.

Geld in der Binnenwirtschaft ist wandernde Kauf-  
kraft, die befruchtet das deutsche Wirtschaftsleben durch-  
zieht; Geld, das für Einfuhrwaren über die Grenze ins  
Ausland abgeflossen ist, ist dem Blutkreislauf der deut-  
schen Wirtschaft entzogen. Das für Warenimporte ex-  
portierte Kapital fehlt der deutschen Wirtschaft, ver-  
stärkt die Kapitalverknappung, treibt die Zinssätze und be-  
lastet also auch von der Kapitalseite her den Produktions-  
standard der deutschen Wirtschaft.

Deutschland hat zahlreiche Handelsverträge abge-  
schlossen. Die Handelsverträge in ihrer Gesamtheit haben die  
Aufgabe, als organisches Ganzes die Produktivität der  
Eigenwirtschaft zu erhalten, einen Produktionsüberschuss  
und damit wiederkehrenden Wohlstand zu ermöglichen.  
Die bisher abgeschlossenen Handelsverträge sind dieser  
Aufgabe nicht gewachsen. Die Wiederherstellung des  
Ausgleichs zwischen dem Verbrauch des deutschen Volkes  
und seiner Produktion ist das Hauptproblem der Zukunft.

## Berschleppung der Abrüstungs-Verhandlungen

Ab 15. März nächste Tagung der Abrüstungskommission

Die ersten Besprechungen in Genf — Attentatsplan gegen Carol von Rumänien — Drohende Stilllegung der ganzen  
deutschen Großeisenindustrie — v. Loebell zu den kommenden Wahlen — Der christliche Metallarbeiterverband und die  
angedrohte Stilllegung der Eisenindustrie — Zusammenkunft Stresemann-Litwinow

Genf. In der Vorbereitenden Abrüstungskommission  
schlug Dr. Benesch als Datum für das nächste Zusammentre-  
ten der Sicherheitskommission den 20. Februar und weiter  
die Tagung der Vorbereitenden Kommission nach der März-  
tagung des Rates vor.

Daraufhingab Litwinow eine Erklärung  
ab, in welcher er sagte: Nach der Ansicht der Sowjetdelega-  
tion bestefe

kein Zusammenhang zwischen der Abrüstung und der  
Sicherheitsfrage.

Er sei immer noch der Ansicht, daß die Abrüstungs-  
frage unabhängig von der Sicherheitsfrage  
behandelt werden müsse; denn die Abrüstung allein sei an  
sich schon ein Element der Sicherheit. Er schlage daher vor,  
daß die nächste Tagung der Abrüstungskommission auf den  
10. Januar angesetzt werden solle, ohne das Zusammentre-  
ten des Sicherheitskomitees abzuwarten.

Graf Bernstorff stellte einen Zusatzantrag zum An-  
trag Litwinow, in welchem er, ohne das Datum des 10. Ja-  
nuars zu verlangen, die Einberufung der nächsten Tagung  
der Vorbereitenden Abrüstungskommission auf einen mög-  
lichst frühen Zeitpunkt verlangte. Der englische Delegierte,  
Lord Curzon, erbat die Ablehnung beider Anträge.  
Paul-Boncour richtete an die russische Delegation einen  
flammenhaften Appell, nicht durch ihren Antrag die prak-  
tische Lösung der Abrüstungsfrage unmöglich zu machen.

Nach weiteren Erklärungen des Grafen Bernstorff und  
Litwinows wurde schließlich das Datum der nächsten Tagung  
der Vorbereitenden Abrüstungskommission auf den 15. März  
angesetzt. Graf Bernstorff stimmte diesem Datum zu, erst  
nachdem er die Versicherung erhielt, daß die erste Abrüstungs-  
konferenz „wenn alles gut geht“, schon im Jahre 1928 statt-  
finden soll.

Die ersten Besprechungen in Genf.

Unterredungen Briand mit Litwinow und Stresemann.

Genf. Im Laufe des Sonntags haben bereits die ersten  
Sprechergebnisse zwischen den zu der Ratstagung eingetrof-  
fenen Außenministern stattgefunden.

Briand hatte längere Aussprachen mit Paul-Boncour,  
Zaleski und Benesch. Der englische Außenminister war von  
Briand zu einem Frühstück eingeladen worden, an dem weiter  
niemand teilnahm. Im Laufe des Sonntagvormittags emp-  
fing Briand den Präsidenten der Abrüstungskommission,  
Loudon. Weiter fand eine Besprechung zwischen Briand  
und Litwinow und eine Unterredung zwischen Briand  
und Dr. Stresemann statt.

## Montag Rückreise der deutschen und der sowjetrussischen Abrüstungsdelegation

Genf, 4. Dezember. Graf Bernstorff erlatte heute  
Stresemann Bericht über die Abrüstungskommission. Bern-  
storff kehrt mit den übrigen deutschen Delegierten der Ab-  
rüstungskommission am Montag nach Berlin zurück.

Die sowjetrussische Delegation wird nach den bisherigen  
Dispositionen am Montag früh 11 Uhr Genf verlassen und  
sich gleichfalls zunächst nach Berlin begeben. Es steht jedoch  
noch nicht fest, ob nicht Lunatscharki, der zum russischen  
Botschafter in Rom auserseren ist, sich bereits gleich nach  
Rom begeben wird, um dort seine Ernennung zum Botschafter  
abzuwarten.

Attentatsplan gegen Carol von Rumänien?

Paris. Vor einigen Tagen war im Bois de Boulogne  
der rumänische Staatsangehörige Marinisco überfallen  
worden. Ein Unbekannter gab auf ihn sechs Revolverschüsse  
ab, die jedoch ihr Ziel verfehlten. Marinisco erlitt einen  
Reizschuss und mußte ins Krankenhaus gebracht werden,  
wo er Erklärungen über den geheimnisvollen Vorgang ab-  
geben konnte. Vor ungefähr acht Tagen, so erzählte er,  
machte er auf dem Wege zur rumänischen Gesandtschaft die  
Bekanntschaft eines anderen Rumänen, der ihm anvertraute,  
daß er beauftragt sei, einen Mann ausfindig zu machen,  
der gegen eine Entschädigung von 100 000 Francs es über-  
nehmen

den Prinzen Carol zu ermorden.

Marinisco ist so, als ob er das Angebot annehme, danach

richtigte aber einen Polizeikommissar, der mit der Ueber-  
wachung des Prinzen Carol betraut ist. Wenige Tage später  
begegnete er dem gleichen Unbekannten in einem Tabakladen.  
Diesmal erklärte er seinem Landsmann unverhüllt, daß er  
sich nicht in ein Abenteuer dieser Art stürzen könne und des-  
halb das Angebot zurückweise. Während des Gespräches  
hateten sich die beiden Rumänen in den Bois de Boulogne  
begeben. Dort zog der Unbekannte plötzlich einen Revolver  
und gab sechs Schüsse auf Marinisco ab, um dann in dem  
dichten Unterholz zu verschwinden.

Drohende Stilllegung der ganzen deutschen  
Großeisenindustrie am 1. Januar 1928.

Berlin. Der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindu-  
strieller teilt mit: Nachdem die Gewerkschaften auf ihren  
außerordentlich hohen Forderungen nach Durchführung des  
schematischen Achtstundentages, strikter Durchführung der  
Verordnung vom 16. Juli 1927, bei vollem Lohnausgleich  
sowie außerdem einer allgemeinen, sehr weitgehenden Lohn-  
erhöhung verharren, und die bisher geführten Verhandlungen  
aus diesem Grunde zu keinem Ergebnis geführt haben, haben  
sich die Werke der westlichen Großeisenindustrie gezwungen  
gesehen, bei den zuständigen Behörden eine Betriebsstill-  
legungsanzeige zum 1. Januar 1928 einzureichen. Diese  
Anzeige soll es den Werken ermöglichen, ihre Betriebe unter  
Vermeidung eines Arbeitskampfes zum 1. Januar 1928 aus  
wirtschaftlichen Gründen zu schließen. Im Hinblick auf die  
mit Sicherheit zu erwartenden Rückwirkungen auf die ande-  
ren Bezirke haben sich die übrigen Hüttenwerke Deutsch-  
lands diesem Vorgehen angeschlossen.

Der Christliche Metallarbeiterverband  
und die androhte Stilllegung der  
Eisenindustrie

Bohnum, 5. Dezember. In einer am Sonntag ab-  
gehaltenen Versammlung des Christlichen Bergarbeiterverbandes  
referierte der Bezirksleiter Burgard über die Berliner Ver-  
handlungen und die Bezirkskonferenz am Sonnabend in  
Mühlheim. Die von der Industrie angeordnete Stilllegung  
sei wohl in erster Linie gegen den Arbeitsminister gerichtet.  
Man erwarte trotzdem, daß bei den Verhandlungen am kom-  
menden Mittwoch eine Verständigung auf Grund der Vor-  
schläge des Christlichen Metallarbeiterverbandes erzielt werde.  
Würde aber trotzdem die Stilllegung erfolgen, dann müßten  
die Gewerkschaften den Kampf mit aller Energie aufnehmen  
und auch die Berrichtung von Notstandsarbeiten verhindern.  
Die Verantwortung müßten dann die Arbeiterverbände und  
der Deutsche Metallarbeiterverband übernehmen.

v. Loebell zu den kommenden Wahlen

Eine Erklärung des Grafen v. d. Golz

Stettin, 4. Dezember. Auf einer Führertagung der  
Vaterländischen Arbeitsgemeinschaft für Pommern und die  
Grenzmark, zu der auch Generalfeldmarschall v. Mackensen  
und Vertreter der Deutschnationalen Partei, der Deutschen  
Volkspartei sowie der Wirtschaftspartei erschienen waren,  
sprach der Vorsitzende des Reichsbürgerrates, Staatsmi-  
nister a. D. von Loebell zu den kommenden Wahlen. Nach  
einer eingehenden Kritik der materialistischen Auffassungen,  
die tief in die Reihen des Bürgertums eingebrochen seien  
und u. a. zur Bildung eigennütziger Splitterparteien geführt  
hätten, erklärte er, daß man für die kommenden Wahlen die  
Bildung eines Zwei-Gruppen-Systems anstreben müsse. Da  
sich ein Zweiparteiensystem noch nicht verwirklichen lassen  
werde, um die für die Zusammenfassung aller deutschen Ele-  
mente zu gemeinsamer Arbeit notwendigen Voraussetzungen  
herzustellen, sei die Einwirkung außerparlamentarischer Stellen  
auf die Parteien in dem Sinne notwendig, daß nicht die  
Frage der Wahltaktik, sondern das Zusammenfinden in einem  
großen Ziel im Vordergrund stehe. Sowohl bezüglich der  
außenpolitischen als auch der sozialpolitischen Fragen sei eine  
Einigung der Parteien möglich. Anschließend erklärte Graf  
v. d. Golz für die Vereinigten Vaterländischen Verbände,